

Forderungen des CSD Bremerhaven 2024



Für queere Rechte auf die Straße gehen

Wie kann es sein, dass immer noch nach Rechten gestrebt werden muss, welche bereits alltäglich sein sollten? Wir sehen in Menschen auf dieser Erde nämlich keine Unterschiede, welche einer expliziteren Legitimierung bedürfen.

Lasst uns für Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit und auf den Straßen sorgen! Unabhängig davon, wie schwer oder leicht es fällt. Lasst uns ein diverseres Stadtbild schaffen, in welchem es nicht mehr bedeutend ist, wer wen küsst, wer wessen Hand hält oder wer wem Rosen kauft. Es darf nicht sein, dass Personen auf den Straßen verprügelt, angepöbelt, sexuell belästigt und Opfer weiterer Diskriminierung werden.

Um queerfeindlichen und damit demokratiefeindlichen Gruppierungen etwas entgegenzusetzen, muss Bremerhaven ganz deutlich Flagge zeigen!

Wir fordern von den politischen Entscheider*innen der Stadt Bremerhaven und von der Zivilgesellschaft ein klares Bekenntnis gegen queer- und demokratiefeindliche Kräfte.

Wir fordern, dass Bremerhaven den Landesaktionsplan von 2015 gegen Homo-, Trans*- und Interphobie und für queere Rechte im Land Bremen nicht länger ignoriert und endlich auch in der Seestadt umsetzt.

Gegen Hass, Gewalt und Diskriminierung

Wir als CSD Bremerhaven wollen Menschen eine Plattform bieten, um sich gemeinsam gegen Diskriminierung stark zu machen und für sich einzustehen. Wir stehen hier, um Präsenz zu zeigen. Das Menschsein hat viele Facetten! Von Diversität lebt unsere Gesellschaft. Deshalb muss für queere Rechte und Akzeptanz gekämpft werden. Wenn queere Personen diskriminiert werden und bedroht werden, dann ist dies eine Bedrohung für den Staatsfrieden und Innovationskraft. Es ist ein Angriff auf die Freiheit der Zivilgesellschaft. Auch queerfeindlichen Taten müssen als Hassverbrechen eingestuft und dementsprechend juristisch eingestuft und bearbeitet werden.

Wir fordern, dass queere Rechte bis zur Gleichstellung erweitert, bewahrt und wirksam durchgesetzt werden.

Die Queere Community möchte sich im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wiederfinden. Dies ist in Artikel 3, Absatz 3 noch nicht der Fall. Queere Minderheiten erhalten noch immer keinen verfassungsrechtlichen Schutz - im Gegensatz zu heterosexuellen und cis*geschlechtlichen Mitmenschen.

Wir fordern eine rechtlich volle Gleichstellung von queeren Personen. Der Artikel 3, Absatz 3, des Grundgesetzes soll daher erweitert werden um die Merkmale „sexuelle und geschlechtliche Identität“. Es soll im Grundgesetz heißen: „Niemand darf wegen ... der sexuellen oder geschlechtlichen Identität ... benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Unzureichendes Beratungsangebot für queere Personen

Sich selbst inmitten einer polarisierten Gesellschaft zu entdecken und dabei nicht dem hetero-/ cis-normativen Bild zu entsprechen kann beängstigend sein. Wie geht man damit um? Das Beratungsangebot ist definitiv nicht ausreichend. Obwohl Bremerhaven zum Bundesland Bremen gehört, wird

Bremerhaven häufig vergessen oder nur mitgemeint. Betroffene Personen aus Bremerhaven müssen oft nach Bremen fahren, um Ansprache zu erhalten und die Reisekosten dabei selbst tragen. Außerdem können Beratungstermine teilweise nur in den Schulferien bzw. außerhalb der Arbeitszeiten wahrgenommen werden, da sich die Beratungszeiten mit den Schul- bzw. Arbeitszeiten überschneiden.

Wir fordern ein umfassenderes Beratungsangebot innerhalb von Bremerhaven! Dieses sollte möglichst vielfältig sein, um Bedarfe von möglichst vielen Personengruppen abzudecken. Beispiele hierfür sind Beratung für queere Jugendliche, (kostenlose) medizinische und therapeutische Angebote sowie rechtliche Beratungsangebote für die Gründung von Regenbogenfamilien. Diese Angebote sollten möglichst barrierearm gestaltet werden.

Fördertopf „Queer“

In Bremerhaven ist die Finanzierung von queeren Angeboten oder Veranstaltungen nur sehr schwer möglich. Wenn sich jemand engagieren und ein Angebot ins Leben rufen möchte (z. B. Schwimmbadangebote für trans*, inter* oder nicht-binäre Personen), das sich an queere Menschen richtet, ist die Finanzierung dieser Angebote oft eine große Hürde, wenn kein Verein vorhanden ist oder gegründet werden soll. Aus Mangel an finanzieller Unterstützung können unterschiedlichste Angebote oft nicht umgesetzt werden. Neben Mitteln für queeres Engagement fehlt es auch an Mitteln für queere Bildungsarbeit sowohl schulisch als auch außerschulisch (z. B. in Erwachsenenbildung oder Jugendarbeit). Diese Situation ist nicht länger tragbar und muss sich ändern.

Wir fordern die Bereitstellung eines Fördertopfes für die Schaffung und laufende Unterstützung von queerer Bildungsarbeit sowie queerem Engagement in der Stadt Bremerhaven!

Queere Kulturangebote und Räume

Das queere Leben in Bremerhaven muss attraktiver gestaltet und sichtbarer gemacht werden. Bremerhaven muss sich deutlich zu queeren Themen positionieren.

Wir fordern von den politischen Entscheider*innen (also Magistrat, Stadtverordnetenversammlung und Parteien), die queere Community in Bremerhaven konkret und umfassend finanziell auszustatten.

Wir fordern den Senat der freien Hansestadt Bremen auf, den Fokus auch auf die queere Landschaft in Bremerhaven zu richten und die Ideen queerer Initiativen vermehrt zu unterstützen. Der Senat muss das Versprochene endlich umsetzen und Geld für Räume und Stellen in die Hand nehmen!

Queere Geschichte

Der Themenbereich „Queere Geschichte“ hat in Bremerhaven derzeit noch große Entwicklungsspielräume. Queere Geschichte bedeutet sowohl Geschichte aus einer queeren Perspektive zu betrachten als auch die Geschichte queerer Menschen und Kämpfe sichtbar zu machen. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig, sei es im Geschichtsunterricht, beim Tag der Stadtgeschichte oder in Stadtbild und Museen.

Wir fordern, dass in Bremerhaven Sichtbarkeit für queere Geschichte in ihren vielfältigen Aspekten geschaffen wird!

Themenbereich Schule

Ein Teil der queeren Community in Bremerhaven ist jung. Diese Kinder und Jugendlichen sind aufgrund ihres Alters oftmals schulpflichtig. Queere Jugendliche verbringen folglich einen Großteil ihres Lebens

in Schulen. Das heißt, dass wir auf den Themenkomplex Schule ein besonderes Augenmerk legen möchten.

Lehrpersonal kommt eine große Verantwortung im Umgang mit queeren Menschen und Themen zu, da diese den Unterricht gestalten und in engem Kontakt zu Schüler*innen stehen. Wenn Schüler*innen mit falschen Namen oder Pronomen angesprochen werden oder gar diskriminiert werden, haben Lehrkräfte eine wichtige Rolle, damit Vorfälle vermieden bzw. nachbehandelt werden können. In diesem Rahmen ist es also besonders wichtig, dass Lehrpersonal im Umgang mit queeren Themen geschult ist.

Wir fordern eine Sensibilisierung von Lehrpersonal aller Schulformen in Hinblick auf queere Themen! Besonders wichtig sind eine aktive Antidiskriminierungsarbeit und entsprechend ausgebildete Ansprechpersonen. Trans* und nicht-binäre Kinder und Jugendliche brauchen eine korrekte Ansprache und Unterstützung in der Umsetzung von Rechten bei selbst gewählten Namen (z. B. in Klassenlisten oder auf Zeugnissen).

In der Unterrichtsgestaltung spiegelt sich oft eine hetero- bzw. cis-normative Sichtweise wider. Im Sexualunterricht werden queere Lebensweisen oft nur im Zusammenhang mit HIV und AIDS erwähnt und finden sonst wenig bis keine Beachtung. Hier ist ein großer Spielraum, um diese Unterrichtseinheiten weiterzuentwickeln. Viele queere Menschen haben in ihrer Schulzeit wenig über queere Identitäten oder queeren Sex (z. B. Verhütung, anatomische Grundlagen) gelernt und müssen daher oft auf das Internet zurückgreifen, um Informationen zu bekommen.

Wir fordern eine Umgestaltung des Sexualunterrichts im Hinblick auf queere Identitäten sowie queeren Sex!

Queere Perspektiven sollten auch über den Sexualunterricht hinaus Platz in der Schule finden. Sei es in gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächern (Debatten im Politikunterricht, queere Geschichte während einzelnen Epochen, ...) oder im Deutschunterricht (Auseinandersetzung mit geschlechtergerechter Sprache, Literatur von queeren Personen), es gibt viele Möglichkeiten, Sichtbarkeit für queere Themen in Schule zu schaffen.

Wir fordern, dass Unterrichtsinhalte fächerübergreifend queere Themen aufgreifen und behandeln!

Sportunterricht kann aus vielen Gründen eine Herausforderung für queere Schüler*innen darstellen: Geschlechtertrennung, die nicht unbedingt der eigenen Geschlechtsidentität entspricht; mangelnde Sensibilität von Lehrkräften; Sportkleidung, die Körperbildprobleme verstärkt; oder Gemeinschaftsumkleiden, die nicht nur Angst vor Diskriminierung, sondern auch Unbehagen auf den eigenen Körper hervorrufen können.

Wir fordern, dass Maßnahmen ergriffen werden, um Sportunterricht integrierender zu gestalten!

Schutz vor Gewalt

Queere Menschen sind in einem besonderen Maße von Gewalt betroffen. Diese kann von vielen verschiedenen Seiten und Akteur*innen ausgehen. Ein sensibler und betroffenengerechter Umgang ist also von großer Bedeutung. Damit queere Menschen möglichst wenig von Gewalt betroffen sind, müssen präventive Maßnahmen ergriffen werden. Da queerfeindliche Gewalt nicht sofort vollständig verschwinden wird, ist es notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um Menschen, die von queerfeindlicher Gewalt betroffen sind, vor weiterer Diskriminierung zu schützen.

Damit queere Menschen, die Gewalterfahrungen gemacht haben, diese melden können und notwendige Unterstützung erhalten, ist es wichtig, eine vertrauensvolle Atmosphäre im Kontakt mit Polizei oder weiteren Anlaufstellen zu schaffen. Dies beinhaltet Aspekte wie Vertraulichkeit, Verständnis, Kenntnis über Queerfeindlichkeit und deren Auswirkungen und Sensibilisierung.

Wir fordern, dass ein Leitfaden für den Umgang von der Polizei der Stadt Bremerhaven mit von queerfeindlicher Gewalt Betroffenen entwickelt wird!

Wir fordern die Einrichtung von Schutzwohnungen für queere Menschen in gewaltvollen Haushalten mitsamt einer entsprechenden Anlaufstelle!

Wir fordern die Schaffung von Antidiskriminierungsstellen, die auch auf queere Belange sensibilisiert sind und möglichst barrierearm gestaltet sind!

Wir fordern die Erfassung von queerfeindlichen Straftaten in Statistiken der Polizei!

Öffentliche Einrichtungen

Öffentliche Einrichtungen wie z. B. Schulen, Behörden oder Polizei werden natürlich auch von queeren Menschen besucht. Damit trans* und nicht-binäre Menschen in diesen Einrichtungen nicht benachteiligt oder diskriminiert werden bzw. davor geschützt sind, müssen Maßnahmen ergriffen werden.

Zur Vorbeugung gegen Gewalt auf Toiletten fordern wir insgesamt, dass geschlossene Kabinen eingerichtet werden statt der oft üblichen Trennwände, die oben und unten Platz für Übergriffe lassen!

Wir fordern eine Sensibilisierung von Angestellten im Öffentlichen Dienst in Bezug auf die Belange queerer Personen, insbesondere korrekte Ansprache sowie der Umgang mit Personen mit einer queeren Geschlechtsidentität!

Gleichstellung von Regenbogenfamilien

Wird ein Kind in eine lesbische Ehe geboren, ist es rechtlich nur mit der biologischen Mutter verwandt, nicht auch mit der anderen Mutter. Dagegen ist ein Kind bei Geburt auch mit dessen nicht-ehelichen Vater verwandt. Nur bei einer lesbischen Familiengründung muss der zweite Elternteil durch eine lange und demütigende Prozedur, bis er rechtlich anerkannt ist. Stirbt die biologische Mutter, wird das Kind in dieser Zeit der Stiefkind-Adoption zur Vollwaise - obwohl das Kind noch eine andere Mutter hat.

Wir fordern, queere Paare und Familien vollständig gleichzustellen und das Abstammungs- und Familienrecht so zu ändern, dass automatisch beide Mütter bei der Geburt rechtlich anerkannt sind.

Verbot von Konversionsmaßnahmen

Der Begriff Konversionsmaßnahmen beschreibt den Versuch, durch Therapie oder Behandlung die sexuelle Orientierung bzw. die Geschlechtsidentität zu ändern. Dies ist nicht wissenschaftlich und ein unethisches Vorgehen, denn Queersein ist nichts, was „geheilt“ werden muss. Aus diesem Grund wurde 2020 das Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen (kurz: KonvBehSchG) verabschiedet, welches Konversionsmaßnahmen verbietet und unter Strafe stellt.

Allerdings hat dieses Gesetz noch ein paar Schwächen: Laut § 5 Abs. 2 KonvBehSchG müssen Fürsorge- oder Erziehungsberechtigte keine Geld- oder Freiheitsstrafe befürchten, wenn sie eine Konversionsmaßnahme an einer minderjährigen Person durchführen, solange dies nicht die Fürsorgepflicht erheblich verletzt. Das bedeutet, dass Eltern möglicherweise straffrei Konversionsmaßnahmen an ihren

Kindern durchführen können. Außerdem gibt es kein vollständiges Verbot von Konversionsmaßnahmen für Erwachsene (siehe § 2 Abs. 2 KonvBehSchG).

Wir fordern ein vollständiges Verbot von Konversionsmaßnahmen sowie eine entsprechende Gesetzesänderung, um die Lücken im KonvBehSchG zu schließen!

Akzeptanz und Verbreitung neuer Pronomen

Im Zusammenhang mit der gendergerechten Sprache gibt es nun auch neue Pronomen innerhalb der Community. Viel zu oft fallen diese nicht mehr unter die Rubrik divers. Es gilt zu akzeptieren, dass nicht mehr am Aussehen von Personen deren Pronomen bestimmen werden können. Jede*r möchte mit den richtigen Pronomen angesprochen werden! Alle können mit gutem Beispiel vorangehen, für eine Verbreitung sorgen und so die Bedürfnisse von allen ernst nehmen.

Wir fordern, dass neue Pronomen ernst genommen, akzeptiert und auch mehr Verwendung finden!

Reflexion der Mehrfachdiskriminierung

Auch innerhalb der Community fordern wir einen Stopp der Diskriminierung. Das Aussehen, die Art, zu leben oder eine Einschränkung oder chronische Erkrankung zu präsentieren darf nicht beleidigt oder belächelt werden. Es ist inakzeptabel, dass - online wie offline - Personen des Menschseins entwürdigt werden. Menschen mit Mehrfachdiskriminierung sollte ein Raum gegeben werden. Es ist an der Zeit zuzuhören, anstatt Unverständnis zu zeigen.

Wir fordern auch innerhalb der queeren-Community einen bewussteren und umsichtigeren Umgang mit Mehrfachdiskriminierung!

Weltweite Krisen, Flucht und Krieg

Wir stehen hier auch für Geflüchtete, besonders im queeren Spektrum, ein. Trotz Verfolgung queeren Lebens gelten allzu viele Herkunftsländer als "sicher". Auch werden allzu oft queere Lebensweisen und Identitäten in Asylverfahren nicht ernst genommen.

Wir fordern, dass humanitäre Landesaufnahmeprogramme unverzüglich neu aufgelegt werden und die queere Community als hoch gefährdete Gruppe ausdrücklich berücksichtigt wird! Queere Geflüchtete sollten eigene Unterbringungsmöglichkeiten haben, damit sie vor Übergriffen von queerfeindlichen Personen geschützt sind. (Zudem fordern wir ein schnelleres Asylverfahren sowie mehr Integrationsangebote!)

Koalitionsvertrag der Stadt Bremerhaven

Im Koalitionsvertrag der Stadt Bremerhaven findet sich der Unterpunkt „Queer leben“, in dem alles steht, was sich die Koalition in diesem Bereich vorgenommen hat. Das ist schon ein guter erster Schritt, auf dem wir weiter aufbauen können.

Wir fordern die Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgelegten Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung queerer Menschen! Durch die Umsetzung der Maßnahmen erlangt die Stadt Bremerhaven eine Vorreiter*innenrolle im Kampf gegen Diskriminierung und für queere Gleichberechtigung. Damit eine vielfältige und inklusive Gemeinschaft entstehen kann, ist es essenziell, dass die Bedürfnisse und Rechte queerer Menschen anerkannt und respektiert werden. Die Stadt Bremerhaven ist verantwortlich dafür, dass alle Bürger*innen, unabhängig von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität, ein gleiches Maß an Chancen und Schutz genießen.